



Das Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler **Olaf Scholz**, MdB



Zur Kenntnis:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Herrn Minister **Hubertus Heil**, MdB



Bundesministerium des Innern und für Heimat
Frau Ministerin **Nancy Faeser**



Einwanderung gestalten – Wirtschaftsstandort Deutschland stärken

Offener Brief:

Gesamtprogramm Sprache retten jetzt!

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

Sehr geehrter Bundeskanzler Scholz,

die Verfasser fordern die Bundesregierung auf, das Gesamtprogramm Sprache (Integrationskurs- und Berufssprachkurssystem) zukunftsfähig zu stärken. Dies ist ein gemeinsamer Notruf aller in dem Bildungsbereich tätigen Akteure, Trägerverbände und Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte.

Deutschland erlebt aufgrund der demographischen Entwicklung einen dramatisch zunehmenden Fachkräftemangel, der den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit den Wohlstand des Landes bedroht. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) ergab: „Rund zwei Millionen Arbeitsplätze blieben derzeit unbesetzt. Dadurch gehe eine Wertschöpfung von fast 100 Milliarden Euro verloren“ (Tagesschau.de/20.01.2023¹) und es fehlen laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis „2035 sogar mehr als sieben Millionen Arbeitskräfte“ (Tagesschau.de/20.01.2023). Um den gewaltigen wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, wurde

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fachkraeftestrategie-bundesregierung-101.html>

eine progressive Migrationspolitik durch die Ampelregierung als ein Teil der Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel beschlossen.

Selbst wenn es gelingen sollte, einige Zuwander*innen zu gewinnen, die schon in ihren Heimatländern Deutsch gelernt haben oder wenn man in bestimmten Branchen auf Deutsch ganz verzichtet und Englischkenntnisse als ausreichend definiert, werden jährlich Hunderttausende in Deutschland im Rahmen von gezielter Zuwanderung oder als Geflohene die deutsche Sprache in Integrations- und Berufssprachkursen des Gesamtprogramms Sprache erlernen müssen, damit nachhaltige Integration gelingen kann. Es ist auch ein Gebot der Humanität und Bildungsgerechtigkeit, den Zugewanderten einen guten sprachlichen Start in ihrem neuen Heimatland zu ermöglichen.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration! Dieser Schlüssel braucht ein passendes Schloss, sodass die Tür zur Integration und Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland aufgeschlossen werden kann.

Dafür wären ausreichend gut ausgestattete Bildungsträger und viele hochqualifizierte Lehrkräfte notwendig.

Bildungsträger brauchen ausreichende Planungssicherheit, eine dauerhaft ausreichende Finanzierung, die regelhaft Dauerbeschäftigung in der Branche ermöglicht.

Lehrkräfte benötigen ebenfalls Planungssicherheit für ihre berufliche Entwicklung. Dazu gehört die Sicherheit, dass akademische Abschlüsse nicht durch Änderung der Zulassungsbedingungen entwertet werden. Dazu gehören konkurrenzfähige Löhne und Arbeitsbedingungen gegenüber dem schulischen Bereich, was es erst ermöglicht, den Brain-Drain dorthin zu beenden und für die Zukunft ausreichend hochqualifizierte Lehrkräfte für diesen Bereich der Erwachsenenbildung gewinnen zu können.

Mehr und mehr Lehrkräfte aus den Integrations- und Berufssprachkursen beenden ihre Tätigkeit dort und wandern in andere Bereiche mit besseren beruflichen Perspektiven ab, z.B. als Quereinsteiger*innen in den allgemeinen Schuldienst.

Abiturient*innen nehmen kein jahrelanges Hochschulstudium auf sich, um unter prekären Bedingungen und bei weiterer Absenkung der Zulassungsvoraussetzungen in der Erwachsenenbildung Zuwander*innen zu unterrichten, sodass kaum Nachwuchs generiert werden kann. Eine zügige und nachhaltige Reform und Stärkung des Gesamtprogramms Sprache ist notwendig.

Wir fordern von der Bundesregierung, den vom Haushaltsausschuss geforderten „umfassenden Bericht zur substanziellen und zukunftsfähigen Weiterentwicklung des Integrationskurssystems“ vorzulegen und dabei folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Realistische Finanzierung von Integration entsprechend der Qualifikationen der Lehrkräfte und dauerhafte Finanzierung dieses Erwachsenenbildungsbereiches, der eine Daueraufgabe im Einwanderungsland Deutschland ist und deshalb Dauerstrukturen und feste Qualitätsstandards benötigt.
2. Deutliche Erhöhung und regelmäßige Dynamisierung der Trägerpauschalen, um den tatsächlichen Ausgaben gerecht werden zu können und die hohen geforderten Qualitätsstandards tatsächlich dauerhaft erreichen zu können.
3. Schaffung von regional angepassten, dauerhaften Finanzierungsstrukturen, die dauerhafte Beschäftigung für hauptberufliche Lehrkräfte zum Normalfall werden lässt.
4. Feste Obergrenzen für die Anzahl der Unterrichtsstunden bei einer Vollzeitstelle, orientiert am Stand der Wissenschaft und den Erfahrungen in vergleichbaren Bereichen.
5. Dynamisierung und Tarifierung der Vergütung für die Lehrkräfte entsprechend der Lohnentwicklung in vergleichbaren Bereichen.

6. Hohe Qualitätsstandards für DAF/DaZ-Lehrkräfte mit entsprechender Vergütung (Vgl. 5.).
7. Ermöglichung der Finanzierung von regelhaften betrieblichen Fortbildungen für die Lehrkräfte in diesem Bereich.
8. Einsetzung einer Reformkommission mit Expertise aus Wissenschaft, bildungsaffiner Verwaltung und Interessenvertretung von Lehrkräften, Gewerkschaften und Trägern für die Lehrkräftezulassung und Fortbildungspolitik des BAMF.

Diese 8 Punkte sind unverzichtbare Schritte, um dem doppelten Fachkräftemangel, sowohl in der Branche der Erwachsenenbildung wie auch dem Bedarf in der Gesamtwirtschaft Rechnung tragen zu können:

"Zudem verursachen Sprachkurse vergleichsweise geringe Kosten, bringen aber hohe Erträge für den Arbeitsmarkt und andere Bereiche. Investitionen in Sprachkenntnisse werden also die Nettobelastung für den Staat senken, nicht steigern," Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit (2021, S. 115)².

Mit freundlichen Grüßen



Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V. (BBB)



Berufsverband für Integrations- und Berufssprachkurse (BVIB) e. V.



Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte



Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit (bag arbeit) e. V.



Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V.



Bildungsallianz des Bundesverbands Der Mittelstand. BVMW e. V.



² <https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1872554/1875934/85b05de0f1f8175b02cbdcc91dbc931e/2021-01-20-bericht-fachkommission-data.pdf?download=1>